

Spiel ohne Grenzen

Eine neue Dynamik innerhalb der Machtstrukturen Indonesiens

von Warsito Ellwein

Die erste der nun jährlich stattfindenden MPR-Sitzungen (Oberhaus des Parlaments) wurde sowohl vom indonesischen Volk als auch von politischen Beobachtern und Vertretern der Wirtschaft aus dem In- und Ausland mit Besorgnis verfolgt. Das verwundert nicht, zumal in den Massenmedien regelmäßig spektakuläre Nachrichten darüber veröffentlicht wurden, beispielsweise über die heftige gegenseitige Kritik der verschiedenen Gruppen der politischen Elite, über Kämpfe um politische Machtpositionen, über die immer noch nicht stabile Wirtschaftslage, über den niedrigen Stand der Rupiah im Vergleich zum Dollar und die soziale Situation, die immer noch besorgniserregend ist, und über viele andere schwerwiegende Probleme. Die Vorkommnisse in den Regionen, wie zum Beispiel auf den Molukken, in West-Papua, Aceh und anderen Gebieten verstärkten noch die allgemeine Besorgnis.

In der Zeit als ich selbst in Indonesien war, verspürte ich allerdings keine Beunruhigung über den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufbau in Indonesien. Mein Eindruck war zu der Zeit, dass ein demokratisches, stabiles Indonesien gestaltet wird, obwohl in vielen Bereichen noch langwierige und schwere Arbeit bevorsteht. Was mich allerdings beruhigt hat, war einerseits die indonesische Gesellschaft und andererseits die internationale Staatengemeinschaft.

Beide haben ein weitgehend gemeinsames Anliegen, nämlich politische Stabilität, wirtschaftlicher Aufschwung sowie Aufbau einer Demokratie in Indonesien. Beide sind der

Unruhen und Streitigkeiten innerhalb der politischen Elite leid, weil in diesen Kämpfen zu viele Ressourcen verbraucht werden, sowohl menschliche als auch finanzielle.

Natürlich sind die Probleme in Indonesien nicht so einfach wie ich sie oben beschrieben habe, sondern wesentlich komplexer, weil auch innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Gruppen es wieder Strömungen gibt, die wiederum ihre eigenen Interessen, Ideen, Visionen, Überzeugungen und Referenzen haben. Zusätzlich können diese sich nun im Gegensatz zur Suharto-Ära ungehindert artikulieren. Diese plötzliche große Chance und Freiheit wirkt manchmal so, als sei die Situation chaotisch, weil jede Seite eine möglichst wichtige Rolle spielen will und größtmöglichen Raum einzunehmen versucht. Dabei gibt es derzeit noch keine Grenzen und Spielregeln beziehungsweise Kontrollmechanismen sind noch nicht geschaffen worden.

Die höchsten Staatsinstitutionen

Die Sorge über die Vorkommnisse während der jährlichen Sitzung des MPR waren nicht grundlos, weil die verschiedenen Gruppen der politischen Elite sowohl in der Exekutive, Legislative als auch in der Judikative seit der Präsidentenwahl im letzten Jahr signifikante Veränderungen hinnehmen mussten. Aus demokratischer Sicht war die Veränderung jeder der staatlichen Institutionen jedoch eine erfreuliche Entwicklung.

Das alltägliche politische Geschäft wurde durch die Reformen nun wesentlich komplexer. Die Dominanz der Exekutive war zu Suhartos Zeiten sehr ausgeprägt, von Wa-

hid (genannt Gus Dur) wurde sie drastisch reduziert. Die Legislative, die unter Suharto keine wirkliche Funktion hatte, hat jetzt viel mehr Macht, wohingegen die Veränderungen innerhalb der Judikative nur sehr langsam voran zu gehen scheinen. Im folgenden sollen nun die dynamische Veränderung der Machtstrukturen anhand der einzelnen Staatsorgane erläutert werden:

Das Präsidentenamt

In diesem Staatsorgan war die Veränderung besonders drastisch, weil der neue Präsident so offen und dialogbereit ist, weil er Debatten direkt mit allen öffentlichen Gruppen führt. So zieht der neue Präsident zur politischen Problemlösung nicht nur seine engste politische Umgebung zu Rate, sondern versucht auch andere Gruppen, insbesondere die betroffenen, daran zu beteiligen.

Die protokollarischen Regeln der Präsidentschaft sind minimal gehalten, damit das Volk möglichst direkt mit den Präsidenten in Verbindung treten kann. Auch erlaubt der Präsident die Möglichkeit zur Kritik an seiner Politik und er ist bereit, seine Macht mit der Vizepräsidentin zu teilen, sodass das Vizepräsidentenamt nicht nur symbolischen Charakter besitzt, sondern aktiv die Landespolitik mitgestaltet.

Den Kabinettsmitgliedern wurde auch die Möglichkeit gegeben, mehr Initiative bei der Entwicklung von Ideen und Verbesserungen innerhalb ihrer Ministerien zu ergreifen.

All diese drastischen Veränderungen werden jedoch von den mit Gus Dur unzufriedenen Gruppen vorgebracht, um den Präsidenten zu diskreditieren: In der Regierung Gus Dur gäbe es keine Koordination, Gus

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.

Dur sei zu langsam um die innenpolitischen Probleme anzupacken und so weiter.

In Wirklichkeit jedoch wissen alle Menschen, dass sich Indonesien vor dem Rücktritt Suhartos bis zur Wahl des neuen Präsidenten in einer wirklich prekären Lage in fast allen Bereichen befand. Nachdem Gus Dur zum Präsidenten gewählt wurde, forderten verschiedene Gruppen bereits 100 Tage nach seinem Amtsantritt eine Evaluation aller Probleme. Außerdem sind es auf der jährlichen Sitzung des MPR vor allem Gruppen, die ihren eigenen Spielraum eingeengt sehen, die nun verlangen, dass der Präsident in vorderster Front vor der MPR-Sitzung zur Verantwortung gezogen werden solle.

Die Volksvertretung — DPR (Unterhaus des Parlaments)/MPR

Innerhalb der Volksvertretung sind ebenfalls deutliche Veränderungen erkennbar. Das Parlament ist nicht mehr passiv wie damals unter der Suharto-Regierung, sondern wesentlich dynamischer. Mit vielen Initiativen versucht die Volksvertretung als Kontrollorgan gegenüber der Exekutive zu fungieren. Unter den Volksvertretern befinden sich allerdings auch viele Beamte und ehemalige Beamte, die nun Fälle aufklären sollen, in die sie selbst verwickelt waren. Zum Beispiel ist ein Parlamentarier ein ehemaliger General, der in die Zwischenfälle in Osttimor und Tanjung Priok vom 27. Juli 1996 (der Angriff auf die PDI-Zentrale, dem viele Anhänger Megawatis zum Opfer fielen) verwickelt war. Solche und andere Parlamentarier betrieben auch die Vorladung und Befragung des Präsidenten vor das Parlament zur Entlassung zweier Minister wegen Korruptionfällen. Außerdem sind solche Mitglieder des DPR besonders kritisch gegenüber der Exekutive bis hin zu den unteren Dienstgraden und dem Präsidenten eingestellt.

Ein weiteres Problem ist, dass die Mitglieder des DPR sehr oft übereilt Hearings mit amtierenden und ehemaligen Beamten veranstalten, sodass oft nur unzureichendes Daten- und Beweismaterial zusammengetragen wurde. Die eingereichten Fragen zielten oft daneben und hatten eine destruktive Tendenz. Der

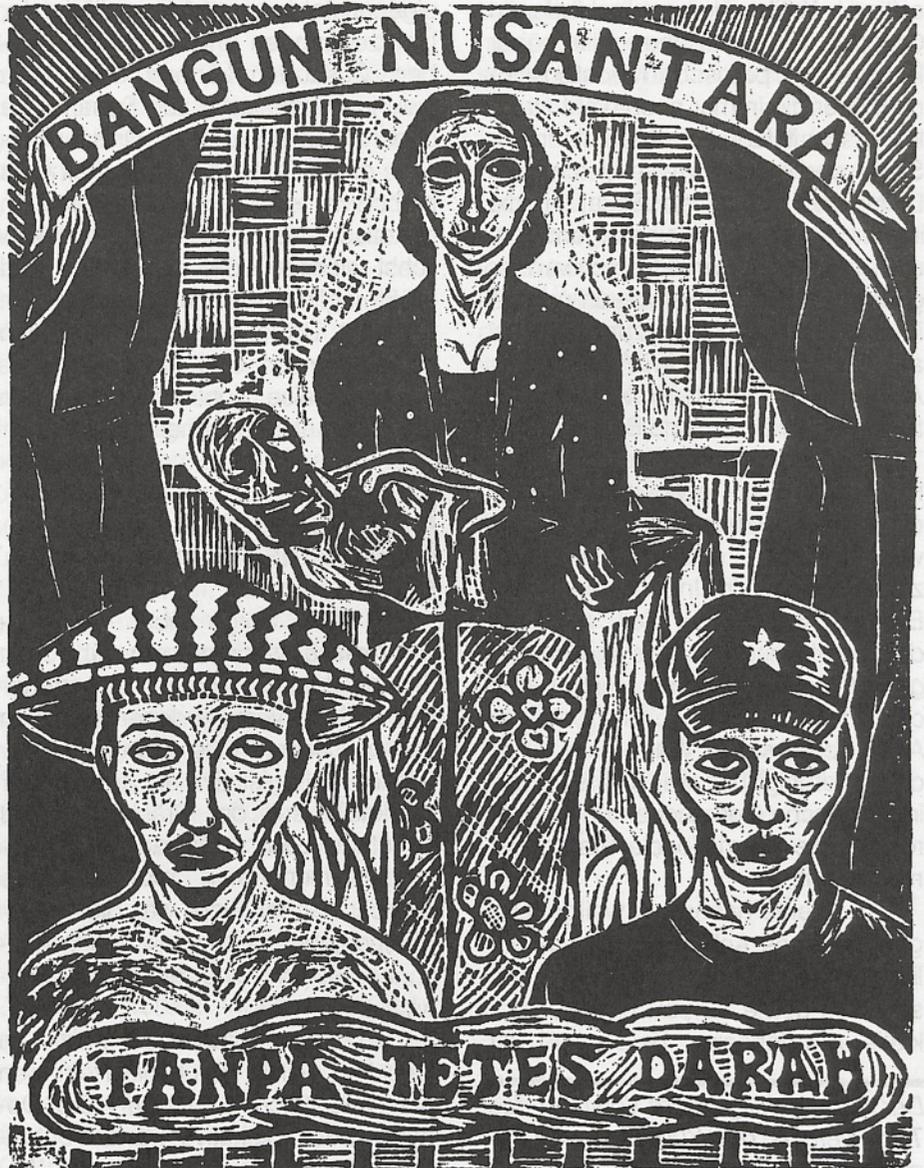
Grund für die vielen Vorladungen waren vor allem Berichte in den Massenmedien, die oft noch keine Erfahrung in der Recherche von genauen Daten und Fakten besitzen. Außerdem tendieren die Parlamentsmitglieder dazu, ihre Aufgabe eher als Kontrollorgan der Exekutive zu verstehen, anstatt die Erwartungen und Vorstellungen der Bevölkerung zu artikulieren.

Eine weitere Schwäche, die besonders ins Auge fällt, ist, wie ein politischer Beobachter aus Deutschland, der in Jakarta lebt, feststellte, dass »die Regierung Gus Dur aus einem Mischmasch von verschiedenen Parteien gebildet wurde. Die Fraktionen im Parlament fühlen sich der Regierung jedoch nicht verpflichtet (ausgenommen die Fraktion PKB die Partei dessen Begründer Gus Dur selbst war), sodass es keinen Unterschied gibt, ob ein Mitglied des Parlaments nun von einer Regierungs- oder einer Oppositionspartei ist.«

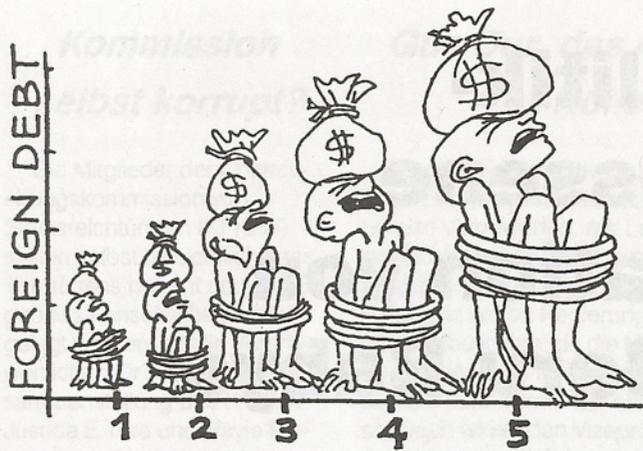
Die Judikative

Mit der Judikative verhält es sich anders als mit der Exekutive oder Legislative, weil die beiden anderen Gewalten bereits personelle Veränderungen erfahren haben, während in der Judikative die personellen Angelegenheiten immer noch von den zuständigen Ministerien geregelt werden. Es fanden jedoch auch Änderungen in der Judikative statt, denn es wurden bereits verschiedene ehemalige Amtsträger der Suharto-Ära, inklusive Suharto selbst, und hohe Beamte der Regierung Gus Dur, der Präsident eingeschlossen, vor Gericht zitiert beziehungsweise vom Generalstaatsanwalt befragt.

In der Judikative scheinen die Schwierigkeiten besonders kompliziert. Zu Zeiten Suhartos, konnte jemand leicht mit einer politischen Anklage vor Gericht gebracht werden, wenn er die Fähigkeiten Suhartos in Frage stellte. Nun ist das



Quelle: Lembaga Budaya, Taring Padi, Yogyakarta



aus: TAPOL, No. 148, Sep. 1998, S. 19

wesentlich schwieriger. Die Staatsanwaltschaft muss tatsächlich konkrete Beweise sammeln, sowohl schriftliche als auch Zeugenaussagen. Dies alles ist jedoch schwer zu realisieren. Schriftliche Beweise bei Korruptionsdelikten und Verstößen gegen die Menschenrechte sind am schwierigsten zu bekommen, auch weil die Zeugenaussagen nicht durch politischen Druck erzwungen werden können wie unter der Regierung Suharto. Abgesehen davon gibt es ein weiteres grundlegendes Problem, nämlich ein veraltetes Rechtssystem mit Regelungen aus der niederländischen Kolonialzeit und der Orde Baru, die bis heute in Kraft sind.

Ein weiteres Problem ist, dass die Bevölkerung den Aufbau einer unabhängigen Justiz fordert und gleichzeitig die notwendige Infrastruktur dafür noch nicht gegeben ist, obgleich eine große Zahl von Korruptionsfällen und Verstößen gegen die Menschenrechte so schnell wie möglich vor Gericht gebracht werden müssen. Die Langsamkeit der Justiz führt zu großer Frustration innerhalb der Bevölkerung. Die Menschen vertrauen der Justiz nicht mehr und es ist daher nicht erstaunlich, dass sie zu Selbstjustiz greifen. Dazu gehören auch Massenaktionen und persönliche Diskreditierungen, die dann als Ausdruck der öffentlichen Meinung bezeichnet werden.

Dynamische Machtstrukturen in der Region

Seit die Reform ins Rollen kam, erscheint die Autonomie der Region als ein Muss. Jedem ist klar, dass es mit einem strengen zentralistischen Staatsaufbau schwierig

einen autonomen Status und sie verfügen auch über die notwendige Macht, um sie politisch zu führen. Aber die Gebiete, die arm an natürlichen Ressourcen sind, erhoffen sich Unterstützung von der Hauptstadt für den Aufbau ihrer Region. Mir bereitet außerdem Sorge, dass einige kleine Könige auf Provinzebene erscheinen könnten, die dann direkt mit dem Ausland zusammenarbeiten.

Drei Problemfelder liegen bei der Dezentralisierung auf der Hand: Erstens ob die strategisch wichtigen Industrien, wie die Erdölförderung, Gas und Gold, vollständig an die Regionen abgetreten werden können; zweitens das Problem der gerechten Verteilung der Steuereinnahmen und schließlich: Wer soll die schwere Last der Auslandsschulden tragen?

Autonomie für die Regionen ist einerseits wichtig für die Politik der Provinzen, aber andererseits erfordert es auch harte Arbeit. Für die ärmeren Gebiete bedeutet dies, mit der größtmöglichen Ausschöpfung ihres Potentials größere Erträge zu erwirtschaften. Die Unterstützung durch die Zentralregierung ist bereits jetzt drastisch reduziert worden.

Für die Bevölkerung der Region ist die Entwicklung zu mehr Autonomie noch nicht direkt spürbar, der politische Nutzen ist jedoch direkt mit der nationalen politischen Situationen verbunden.

Dies bedeutet, dass das Volk die politische Macht sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene kontrollieren kann. Natürlich ist es für das Volk leichter, Kontrolle über die lokalen Machtinhaber auszuüben, weil die emotionalen Beziehungen zu den politischen Führern näher sind und die alltäglichen Probleme direkt vorgetragen werden können. Sowohl studentische Aktivisten als auch Akti-

ist, eine Demokratie aufzubauen und die Einheit des indonesischen Staates zu erhalten. Es ist unterdessen kein leichtes Unterfangen, ein Modell der Dezentralisierung zu finden. Die Regionen, die reich an Bodenschätzen sind, wünschen sich so schnell wie möglich

visten der NGOs spielen eine große Rolle dabei, politischen Druck auf die Führungskräfte der Region auszuüben. Viele von ihnen sind in den Lokalparlamenten (DPRD) vertreten.

Im allgemeinen kann man sagen, dass eine neue Dynamik innerhalb der Machtstrukturen sowohl in der Hauptstadt als auch in der Region für eine positive Entwicklung in Richtung eines demokratischen Indonesiens zu verzeichnen ist. Eines der derzeitigen Hauptprobleme ist jedoch, dass die verschiedenen politischen Akteure und auch die politischen Institutionen noch auf der Suche nach einer verbesserten Form und Arbeitsweise sind, um schnell die soziale, wirtschaftliche, rechtliche und politische Situation zu verbessern und eine Demokratie aufzubauen. Während dieser Zeit der Suche fällt auf, dass jeder sowohl Macht als auch größeren politischen und wirtschaftlichen Spielraum zu ergattern versucht. Das demokratische Bewusstsein ist oft eingeschränkt und viele wichtigen politischen Fähigkeiten noch nicht vorhanden, sodass häufig mehr Kritik geübt wird als konstruktive Vorschläge gemacht werden. Viele Ideen, die in der Öffentlichkeit vorgestellt werden, sind oft sehr theoretisch und allgemein gehalten oder anders gesagt, es gibt noch nicht viele verständliche und umsetzbare Konzepte.

Abgesehen von den Schwächen, die die neue Dynamik innerhalb der Machtstrukturen auf lokaler und nationaler Ebene aufweist, ist der Optimismus, die Wirtschaft, Recht, Kultur und Politik in Indonesien demokratischer aufzubauen, bei der Mehrheit der Bevölkerung immer noch sehr groß. Um dies zu realisieren, wird allerdings noch einige Zeit sowie die konstruktive Unterstützung von Gruppen aus dem In- und Ausland benötigt.

Übersetzung aus dem Indonesischen von Annegret Nitzling, redaktionelle Bearbeitung: Patrick Ziegenhain